

Heinz Fuchs, 5.7.2016

„Offener Akademiegarten – Reizthema TTIP“

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen, Kolleginnen, Freunde und Freundinnen der Ev. Akademie und des offenen Dialogs,

ganz herzlichen Dank für die freundliche Einladung und die Möglichkeit, das heutige Gespräch über das Freihandelsabkommen, die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen Europa und den USA, kurz die TTIP – oder wie es umgangssprachlich genannt wird; das TTIP-Abkommen, mit ein paar Beobachtungen und Einschätzungen zu eröffnen. Ich bin gebeten worden, dies mit einem deutlichen Blick auf die Wirkungen für Entwicklungsländer und aus der kirchlichen Perspektive des Hilfs- und Entwicklungswerks Brot für die Welt zu tun. Andere, auch für die Kirchen bei der Bewertung einer TTIP relevante Themen, wie etwa die mit einem Investitionsschutzkapitel oder mit der Behandlung sozialer Dienstleistungen verbundene Fragestellungen, will ich im Folgenden nicht thematisieren, allenfalls kurz streifen.

Zunächst aber eine grundlegende Anmerkung zu meinen Einschätzungen, die weitgehend auch der von Brot für die Welt, der katholischen Schwesterorganisation Misereor und dem entsprechen, was die beiden Kirchen bei der Anhörung der Bundesregierung vorgetragen haben:

Aus kirchlicher Perspektive sind die Regeln für den internationalen Handel – und das gilt auch für die TTIP - stets danach zu beurteilen, ob sie der vorrangigen Option für die Armen gerecht werden und der Bewahrung der Schöpfung, insbesondere auch der Bekämpfung des Klimawandels, nicht zuwiderlaufen. Ein Handels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und den USA kann für die Kirchen daher nur dann ethisch akzeptabel, wenn es auch den Armen und Schwachen Perspektiven eröffnet und eine gerechte Teilhabe aller an der Nutzung globaler Gemeingüter nicht konterkariert.

Entwicklungspolitische Organisationen haben sich lange Zeit kaum oder gar nicht mit den Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen beschäftigt. Der Grund ist simpel: Die Regierungen der Entwicklungs- und Schwellenländer sitzen bei TTIP nicht am Verhandlungstisch, ergo: sind sie davon auch nicht betroffen. Doch ist dieser Rückschluss zutreffend?

Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir uns vergegenwärtigen, welches langfristige, strategische Ziel mit TTIP verfolgt wird. Die von den Regierungen diesseits und jenseits des Atlantiks immer wieder bemühte Begründung, TTIP diene dazu, die Handelshemmnisse zwischen Europa und den USA abzubauen, um mehr Wachstum und Wohlstand für ihre Bürger zu schaffen, ist beim genaueren Hinsehen nicht das oberste Ziel, zumindest nicht das einzige. Zum einen, weil das Zollniveau zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken ohnehin gering ist (in der EU durchschnittlich 5,3 Prozent, in den USA 3,5 Prozent), zum anderen hat sich herausgestellt, dass die im Jahr 2013 zu Beginn der Verhandlungen versprochenen Wachstumseffekte von etwa 0,5 Prozent nicht pro Jahr, sondern lediglich im Laufe eines ganzen Jahrzehnts erwartet werden.

Um TTIP verstehen und einschätzen zu können, müssen wir sie im weltpolitischen Zusammenhang sehen. Die Gründe und Ziele für die gegenwärtige Forcierung dieses schon zwanzig Jahre alten Projekts für ein transatlantisches Freihandelsabkommen sind nämlich woanders zu suchen. Die zurückliegenden beiden Ministertagungen der WTO in Bali 2013 und Nairobi 2015 machten deutlich, dass in absehbarer Zeit nicht mit dem Abschluss der sog. Doha-Entwicklungsrunde zu rechnen ist, die Interessen der Entwicklungsländer und Industriestaaten liegen zu weit auseinander. Die Errichtung eines multilateralen Handelsregimes ist damit in weite Ferne gerückt und die Industriestaaten haben daran auch kein Interesse. Hinzu kommt im globalen Machtgefüge ein Paradigmenwechsel zugunsten der aufstrebenden Schwellenländer, der sich u. a. an den BRICS-Staaten und der Schaffung der G-20 manifestiert.

Die fortschreitende Globalisierung hat viele Dimensionen, kulturelle, soziale, technologische und politische. Allerdings erweist sich die ökonomische Globalisierung – die zunehmende Verflechtung der Märkte über geografische Regionen hinaus – als primäre Triebfeder des gesamten Globalisierungsprozesses.

Parallel zur sich beschleunigenden Globalisierung verschoben sich in den letzten Jahrzehnten die internationalen Machtverhältnisse zum einen durch den Zusammenbruch des Ostblocks, zum anderen aber vor allem durch den wirtschaftlichen Aufstieg mehrerer großer Schwellen- und Entwicklungsländer außerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Meist werden Brasilien, China, Indien und Südafrika in diesem Zusammenhang genannt, die gemeinsam mit Russland als BRICS-Staaten oder einschließlich Indonesien als BRIICS bezeichnet werden. In den BRIICS lebt etwa die Hälfte der Weltbevölkerung und dort wird rund ein Viertel der weltweiten Bruttowertschöpfung (BIP) erwirtschaftet. Ohne BRIICS können mittelfristig vielleicht einige Fortschritte hin zur Nachhaltigkeit erzielt werden, aber langfristig werden sich ohne diese Staaten weder die ökonomischen Ströme und Kräfte in global nachhaltige Bahnen lenken lassen, noch werden globale Umweltprobleme hinreichend bewältigt werden können.

Die globale Umweltbelastung fordert globale Politik und stellt eine der größten Herausforderungen für Global Governance dar, weil ihre Ursachen und Folgen ohne entschiedenes Handeln auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene nicht wirksam angegangen werden, das Nichtstun aber gravierende, für menschliche Maßstäbe unumkehrbare Folgen hat, bis hin zur Zerstörung der für den Menschen elementaren Lebensgrundlagen. Der Schutz des Klimas und der Biodiversität sind zwei prominente Beispiele, wo die planetarischen Grenzen bereits überschritten sind, sie stehen beispielhaft für viele globale Umweltprobleme, die in der neueren oder neuesten Geschichte ihren Anfang hatten und sich zunehmend beschleunigen.

Alle drei Phänomene – ökonomische Globalisierung, internationale Machtverschiebungen und krisenhafte globale Umweltveränderungen – sind wichtig, um die großen Herausforderungen zu verstehen, vor denen koordiniertes politisches Handeln steht.

Für die Politik folgt daraus, dass die Reichweite nationalen politischen Handelns bei weitem nicht mehr in der Lage ist, auf die problemverursachenden Konstellationen hinreichend einzuwirken: Regierungen können selbst einige ihrer innenpolitischen Ziele nur im Zusammenwirken mit anderen Staaten erreichen. Deshalb bezeichnete der im letzten Jahr verstorbene Soziologe Ulrich Beck Globalisierung als "Prozesse, in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, ihre Marktchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen

und querverbunden werden". Folgt man Beck, der schon frühzeitig die Globalisierung für nicht mehr revidierbar hielt, bedeutet dies, dass es in der Politik nicht etwa um Maßnahmen zur Umkehrung der Globalisierung und Nationalstaaterei gehen kann, sondern dass sich politisch realistische Forderungen darauf konzentrieren müssen, die Globalisierung gerecht zu gestalten und diese durch global verbindliche Nachhaltigkeitsziele, -prinzipien, -abkommen und -maßnahmen einzuhegen. Dazu gilt es, staatenübergreifend gemeinsame Werte, Normen und Standards zu entwickeln.

An dieser Stelle gehört m.E. eine grundlegende Würdigung der Europäischen Union. Sie ist – bei aller notwendigen Kritik in vielen Bereichen - nach wie vor eine wichtige Errungenschaft zur Sicherung von Frieden und Zusammenarbeit innerhalb Europas und mit Blick auf die Förderung von globaler Kooperation. Die Pionierrolle der Europäischen Union in der globalen Umwelt- und Klimapolitik bis hin zum Klima-Abkommen von Paris hätten einzelne europäische Staaten so nicht ausfüllen können. Die Europäische Union ist ein wichtiger Baustein im Global Governance-Gefüge mit einer doppelten Verantwortung: zum einen bei der Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen in den eigenen Mitgliedsstaaten, zum anderen im Rahmen der Unterstützung des multilateralen Prozesses. Der Multilateralismus ist ein Grundprinzip der EU-Außenpolitik und ist in den EU-Verträgen solches festgeschrieben. In der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung ist die Wahrnehmung der internationalen Verantwortung als ein Hauptziel aufgeführt. Die EU-interne Gesetzgebung im Bereich Klimaschutz kann weltweit Vorbildcharakter haben. Die Vergemeinschaftung von Politikfeldern - Handel ist neben Klimapolitik z.B. ein solches - setzt allerdings voraus, dass die Staaten zum Souveränitätsverzicht bereit sind und sogar partielle Nachteile in Kauf nehmen, um ihre gemeinschaftlichen Ziele durch Kooperation besser erreichen zu können. Dass sich die gegenwärtige Krise der EU bis hin zum Risiko des Scheiterns ausgerechnet an der internationalen Finanzkrise und Flüchtlingsfrage aufgeladen hat, verweist allerdings auch auf die Kluft innerhalb der EU, dass sie zwar als Wirtschafts- und Subventionsgemeinschaft funktioniert, als Wertegemeinschaft und politische Gemeinschaft aber noch weit davon entfernt ist, umfassend gemeinschaftlich und solidarisch zu agieren.

Die angestrebte Errichtung einer transatlantischen Freihandelszone dient EU und den USA in Anbetracht der globalpolitischen weltwirtschaftlichen Koordinaten dient demnach wohl in erster Linie dazu, dem politischen und ökonomischen Machtverlust entgegen zu wirken. Mit anderen Worten: TTIP soll den EU und USA dazu dienen, ihre nach wie vor bestehende, dominante weltpolitische Rolle gegenüber einer immer stärker werdenden multipolaren Welt zu erhalten.

Ob es der EU und den USA mittels TTIP tatsächlich gelingen wird beim weltweiten Wettlauf um Wettbewerbsvorteile und Marktanteile wieder Boden gegenüber China, Brasilien, Indien und den anderen aufstrebenden Schwellenländern gut zu machen, vermag ich nicht zu beurteilen. Was sich allerdings klar abzeichnet, ist die hohe Wahrscheinlichkeit, nach dabei jene Staaten ins Hintertreffen geraten, die von Wirtschaftsstrukturen geprägt sind, die im weltweiten Vergleich wenig wettbewerbsfähig sind. Sprich: die ärmsten Entwicklungsländer.

Doch nochmals der Reihe nach:

Eigentlich werden neue politische Vorhaben der Öffentlichkeit ja gleich zu Beginn medienwirksam mit einem leuchtenden Blumenstrauß an Argumenten und Vorteilen präsentiert. Sei es ein neues Gesetz, ein neuer Flughafen, sein Verkauf oder irgendein sonstiges Vorhaben. Bei der Ankündigung erstrahlt stets heller Sonnenschein. Erst dann, wenn sich Bürger, Medien oder Nicht-

regierungsorganisationen kritisch äußern und auf Schwachstellen hinweisen, rudern Politiker zurück, erklären sich oder bessern nach.

Bei der TTIP stellt sich dies anders da: hier wurden und werden uns die vermeintlich positiven Effekte erst nach und nach im Halbjahresrhythmus präsentiert. Rückblickend betrachtet kam TTIP bei seiner Ankündigung im Frühjahr 2013 als ein eher bescheidenes Vorhaben daher: eine Freihandelszone sollte entstehen und zunächst nur dazu dienen, das Wirtschaftswachstum der nordatlantischen Bündnispartner anzukurbeln, und zwar um ein halbes Prozent des BIP. Verschiedene erste Studien von Bertelsmann Stiftung und Ifo-Institut schienen diese Wirkungen zu untermauern.

Dennoch stand TTIP von Anfang an in der Kritik, wegen der geheimnisvollen politischen Handhabung, den Unklarheiten um das Verhandlungsmandat und je mehr gesellschaftliche Gruppen sich damit beschäftigten, um so breiter deutlich wurden die möglichen negativen Auswirkungen auf die staatliche Daseinsvorsorge, die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen, die Kommerzialisierung von Bildung, Gesundheit und Kultur. Ganz abgesehen von privaten Schiedsgerichten, die in entwickelten Rechtsstaaten mit unabhängiger Justiz niemand braucht. Dass lange Zeit die öffentliche Debatte auf Verbraucherschutz und unterschiedliche Standards fokussierte und hierfür insbesondere die Chlorhühnchen erhalten mussten, hat die sachbezogene politische Auseinandersetzung in der Breite keineswegs nur gefördert. Es waren nicht die angestrebten Zollessenkungen oder kompatiblere Industriestandards, die Widerspruch hervorriefen, die Kritik griff tiefer und problematisierte, dass Regelungen getroffen werden sollten, mittels derer Schutzmechanismen und Sozialstandards - sogenannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse - in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen abgebaut werden sollten. Und ein Partnerschaftsabkommen damit die Produktion und der Handel mit Waren und Dienstleistungen günstiger wird, ohne dass die Produktionsbedingungen und die Folgewirkungen der Produkte für Mensch und Umwelt einbezogen werden, wurde als Fortführung einer nicht nachhaltigen und zu überwindenden Wirtschaftsweise gewertet, die für viele soziale und ökologische Krisen dieser Welt verantwortlich ist und die so nicht regellos weitergeführt werden darf.

Es liegt zudem in Natur eines solchen bilateralen Abkommens, dass damit ein weltweites multilaterales Handelssystem, in dem sich entwickelte und Entwicklungsländer „auf Augenhöhe“ begegnen und miteinander verhandeln können, geschwächt wird. Und ist eine über TTIP anvisiertes Wachstum in den reichsten Regionen der Welt wirklich wünschenswert? Wie sehen die lokalen, regionalen, nationalen und globalen Klima-, Umwelt- und sozialen Folgekosten einer solchen TTIP aus?

Zugegeben, dies sind Fragen, die eine ganze Reihe der derzeit verhandelten bi- und plurilateralen Handelsabkommen betreffen. Doch dieser Umstand darf uns nicht von der Verantwortung entbinden, Antworten auf diese Fragen zu suchen und diese in die Bewertung der TTIP einfließen zu lassen. Dabei ist klar, dass eine abschließende Bewertung dieses Abkommens nur auf Basis der ausgehandelten Vertragstexte möglich sein wird. Was sich aber frühzeitig aufzeigen ließ, waren entwicklungspolitische Leitgedanken, an deren Maßstab wir eine TTIP bewerten sollten.

Als dann auch noch die Zweifel an den prognostizierten Wohlfahrtsgewinnen für die beiden Volkswirtschaften und deren Bürger aufkamen, fragten sich immer mehr Menschen, warum dieses Handelsabkommen mit einer solchen Intensität vorangetrieben wird, wenn sich die Wachstumsraten unseres BIP lediglich im Promillebereich bewegen.

Standards setzen, bevor es die Chinesen tun

Doch siehe da: Plötzlich gab der damalige EU-Handelskommissar de Gucht – mehr als ein halbes Jahr nach Verhandlungsbeginn! – bekannt, TTIP habe nicht nur eine transatlantische, sondern auch eine globale Zielsetzung. Mittels TTIP sollen globale Standards, Normen und Regelungen getroffen werden – bevor es andere tun, was auf gut deutsch nichts anderes bedeutete als: tun wir es, bevor es die Chinesen tun! Man frag sich, warum nicht gleich so? Warum mussten wir bis Anfang 2014 warten, um zu erfahren, dass die Verhandlungsführer in Brüssel und Washington die Welt mit besseren Standards beglücken wollen, als es die Chinesen tun würden. Wären wir nicht alle stolz darauf, wenn EU und USA ihre alten Versprechen einlösen würden, und sich in Handelsabkommen für Menschenrechte und gute Arbeitsbedingungen entlang der Produktionskette und für soziale und ökologische Standards mit klarer Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitsperspektive einsetzten? Doch eine Initiative für nachhaltiges und zukunftsfähiges Wirtschaften ist TTIP wahrhaft nicht.

Das Argument „Standards setzen, bevor es die Chinesen tun“ ist inzwischen zu einem der Hauptargumente der TTIP-Befürworter geworden. In Anbetracht dieser globalen Herausforderung, um nicht zu sagen „Mission“, scheinen die anderen Begleiterscheinungen und Risiken von TTIP innerhalb von EU und USA - angefangen von den Investitionsstreitigkeiten bis hin zur Gefahr, dass das Vorsorgeprinzip eingeschränkt wird - zweitrangig.

TTIP stärke die westliche Wertegemeinschaft

Und nachdem sich die Ukraine-Krise zuspitzte und Russland aus der G8 ausgeschlossen wurde, kam ein weiteres Argument hinzu: TTIP stärke die westliche Wertegemeinschaft und der US-Handels-Experte D. Hamilton, Autor des Buches ‚Die Geopolitik und TTIP‘ verkündete: „TTIP ist die wichtigste strategische Initiative des Westens seit dem Marshall Plan.“ Wenn die Bürger und Bürgerinnen schon nicht mit einfachen Argumenten überzeugt werden können, dann müssen große Worte und historische Vergleiche gezogen werden, um dem Vorhaben Glanz und Sinnhaftigkeit zu vermitteln. Ein Blick in eine der klassischen Einführungen ins Welthandels- und Wirtschaftsvölkerrecht zeigt hingegen: Handelsabkommen dienen nicht der Völkerverständigung, sondern haben nur ein einziges Ziel: Staaten und ihren Unternehmen Zugang zu ausländischen Märkten zu verschaffen.

Das BMZ als Garant für einen fairen Welthandel

Aber noch einmal zurück zu einem zentralen Anliegen des Abkommens, der globalen Standardsetzung. Das Argument, TTIP diene dazu, erstens, „Gold-Standards“ zu setzen und, zweitens, diese weltweit durchzusetzen, hat einen bedenklichen Haken. Wenn EU und USA einseitig Standards setzen, um ihren Vorstellungen von Handel globale Geltung zu verschaffen, was ist dann mit den anderen Staaten, die nicht Teil dieser Freihandelszone sind – und die auch nicht an anderen Verhandlungen über Mega-regionale Handelszonen beteiligt sind, wie der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) oder der Asiatisch-Pazifischen Freihandelszone (FTAAP). Mit anderen Worten: Was ist mit den Staaten Afrikas und zahlreichen anderen Least Developed Countries? Sie werden wieder einmal abgehängt, außen vor gelassen und Entwicklungschancen beraubt.

Apodiktisch hieß auf diesen kritischen Punkt: TTIP habe keine Auswirkungen auf die Entwicklungs- und Schwellenländer. Diese Position nahm nicht zuletzt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) ein. Zugleich gab das BMZ beim ifo-Institut eine Studie in Auftrag, um die Frage nach den möglichen Folgen von TTIP auf die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas

eingehender zu analysieren. Also ausgerechnet eines jener Institute, das zu Beginn der TTIP-Verhandlungen den Volkswirtschaften in EU und USA überhöhte Wachstumserwartungen in Aussicht gestellt hatte, und diese später korrigieren musste.

Während die Autoren dieser Studie noch über ihren Modellrechnungen saßen, verkündete das BMZ im Rahmen der Veranstaltung "Globaler Handel im Kontext einer wertebasierten Entwicklungspolitik", TTIP könne sogar den Entwicklungsländern nützen. Zur Begründung verwies der Staatssekretär auf die wertorientierte und nachhaltige Politik des BMZ und der Bundesregierung, die dafür Sorge tragen werde, dass die EU-Kommission sich für ein Abkommen einsetze, welches auch fair gegenüber den Entwicklungsländern sei. Man darf hier gerne nachfragen, warum es dem BMZ und der Bundesregierung in der Vergangenheit nicht gelungen ist, ihre Vorstellungen von einer fairen und nachhaltigen Handelspolitik in den bilateralen Abkommen zwischen der EU und den Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas umzusetzen? Nicht zuletzt die in 2013 abgeschlossenen Abkommen zwischen der EU und Peru/Kolumbien sowie den Staaten Zentralamerikas sind aus entwicklungs- und menschenrechtlicher Perspektive höchst problematisch, wie auch der breite Protest an den beiden Abkommen zeigte.

Ifo-Institut sieht (fast) keine Probleme für den globalen Süden. Im Gegenteil.

Am 22. Januar 2015 wurde die steile These des BMZ-Sekretärs scheinbar mittels einer 250 Seiten umfassenden Studie bestätigt. Das Ifo-Institut präsentierte in den Räumen des BMZ und unter Anwesenheit von Minister Gerd Müller, die Ergebnisse der Analyse über „Mögliche Auswirkungen der TTIP auf Entwicklungs- und Schwellenländer“. Demnach trägt TTIP nicht nur zu sehr wichtigen Wohlfahrtsgewinnen in Europa und den USA bei, auch „Drittstaaten könnten von der transatlantischen Freihandelszone profitieren“.

Diese Schlussfolgerungen beruhen zum Teil auf abenteuerlichen Annahmen. Hierzu gehört u. a. die Hypothese, die durch TTIP reicher werdenden Europäer würden ihr Mehreinkommen in Auslandsreisen investieren, zum Beispiel in das von der Ifo-Studie untersuchte Land Kenia, wodurch TTIP letztendlich auch den Tourismussektor beleben werde. Wir rufen uns noch einmal kurz die Studie des Centre for Economic Policy Research von 2013 in Erinnerung, aus der die TTIP-Befürworter lasen, TTIP steigere das Jahreseinkommen einer vierköpfigen Familie in Europa um bis zu 545 Euro. Bei genauerer Lektüre dieser Studie wurde deutlich, dass sich dieser Einkommenszuwachs auf einen Zeitraum von 12 Jahren erstreckt. Frage: Wie lange muss eine vierköpfige Familie in Deutschland sparen, bis sie, bei einem Anstieg des Jahreseinkommens von ca. 36 Euro, das Geld für vier Flüge nach Kenia, inkl. Übernachtung, etc. hat?

Ferner benennt die Studie sehr wohl auch negative Auswirkungen: Im Falle Brasiliens gehen die Autoren der Studie davon aus, dass u. a. der Export von Fruchtsäften, dessen jährliches Volumen sich immerhin auf zwei Milliarden Euro beläuft, stark einbrechen könnte. Diese Einbußen seien aber für Brasilien verkraftbar, da das Land über eine robuste und diversifizierte Volkswirtschaft verfüge. Wie gut, dass die Länder des Südens inzwischen offenbar über so dynamische Ökonomien verfügen, dass solche Beträge nicht mehr ins Gewicht fallen, während EU und USA alles dran setzen, um ihr Wirtschaftswachstum um 0,05 bis 0,1 Prozent zu steigern...

Die Menschen in Bangladesch müssen einen Rückgang ihres Realeinkommens um zwei Prozent befürchten, weil unter anderem der Textilsektor dort schrumpfen wird. Was das für Menschen bedeutet, die schon jetzt in extremer Armut leben, wissen nicht nur kirchlichen Hilfsorganisationen

und ihre Partner. Ihnen sollten wir eine Stimme geben und für sie und mit ihnen für eine faire, gerechte und nachhaltige Handelspolitik eintreten - oder wie es Entwicklungsminister Müller gerne vollmundig sagt: Wir brauchen nicht mehr Freihandel, wir brauchen mehr fairen Handel.

Alles in allem ist diese ifo-Studie, mit der die positive Wirkung von TTIP auf Entwicklungsländer belegt werden soll, eine makroökonomische Darstellung, die einerseits hinsichtlich möglicher positiver Wirkung auf den Süden ausgesprochen spekulativ ist und andererseits zahlreiche entwicklungspolitisch relevante Bereiche unberücksichtigt lässt: Der Agrarsektor ist fast vollständig ausgeblendet, Menschenrechte werden nicht erwähnt, ein forcierter Rohstoffabbau in den Entwicklungs- und Schwellenländern wird vollkommen unreflektiert als möglicher Wachstumsschub dargestellt - um nur ein paar fragwürdige Punkte der Studie zu benennen. Nachhaltige Handelspolitik sieht anders aus! (Eine umfassendere kritische Betrachtung der ifo-Studie findet sich in der Publikation „Wunschdenken statt gemäßer Wissenschaft“ von BfdW u.a.).

Hoffnung auf die goldene Gans

Es bleibt abzuwarten, mit welchen ‚Enthüllungen‘ über weitere, bisher noch unbekannte, Segnungen des transatlantischen Abkommens uns die TTIP-Befürworter zukünftig noch überraschen werden. Eins ist klar: Je länger die Verhandlungen andauern und die Kritik an der transatlantischen Freihandelszone lauter wird, umso mehr versuchen die Verhandlungsführer in Brüssel und Washington – wie auch die Bundesregierung - uns weiß zu machen, dass sich das ehemals hässliche Entlein – märchenhaft – doch noch in eine goldene Gans entwickelt. Und wer wird dazu am Ende schon Nein sagen?

Ich versuche ein Fazit

Lange haben wir seitens Brot für die Welt die Verhandlungen über das transatlantische Handelsabkommen beobachtet. In einer ersten Analyse und Stellungnahme hatten wir gefordert, die Verhandlungen vorübergehend auszusetzen, um die Verhandlungsgegenstände zu präzisieren und die grundlegende Ausrichtung des Abkommens zu klären – in der Hoffnung, dass einige wichtige Akteure, wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und auch die Bundesregierung, dazu bewegt werden könnten, sich für eine Neuausrichtung von TTIP hin zu einem dem nachhaltigen Wirtschaften verpflichteten Handelsabkommen zu engagieren.

Die zwischenzeitlichen Entwicklungen bei den Koalitionsparteien, wo sich eine insbesondere durch den Wirtschaftsminister repräsentierte „Da müssen wir durch“-Haltung“ breit macht, bei der Kritiker und sachbezogene Argumente abgetan und nicht mehr gehört werden, sowie die ifo-Studie und deren Instrumentalisierung machen deutlich: Eine Reform des TTIP-Abkommens ist leider nicht möglich. Es kann nur noch darum gehen, Mehrheiten zu organisieren, damit es nicht abgeschlossen wird.

„Handel muss in erster Linie den Menschen dienen.“ (Mvume Dandala, 2007, als Generalsekretär des All-Afrikanischen Kirchenrates)

Die geplante „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP) widerspricht diesem Prinzip, denn

- TTIP droht die Armut im Süden zu verschärfen und die globale Schere zwischen Arm und Reich zu vergrößern. Exporte billiger Agrarprodukte aus der EU und den USA in die Entwicklungsländer werden zunehmen. Für lokale Produzenten im Globalen Süden ist das von Nachteil: Sie können mit den niedrigen Preisen nicht mithalten. Zugleich verschlechtern sich die Absatzchancen für ihre eigenen Produkte.
- Mit TTIP wollen EU und USA den Welthandel regeln, ohne die Schwellen- und Entwicklungsländer an dem Verhandlungsprozess zu beteiligen.
- TTIP privilegiert große Agrarkonzerne, diskriminiert die kleinbäuerliche Landwirtschaft Afrikas und will die Nutzung der Gen-Technik zur Selbstverständlichkeit machen
- Nach TTIP-Logik zählt vor allem der Preis der Waren. Qualität und Produktionsbedingungen werden zweitrangig.
- TTIP ist weder ökologisch noch gerecht. Das Abkommen wird weltweit den Raubbau an Rohstoffen verstärken. EL werden auf Rohstofflieferanten mit allen bekannten sozialen und ökologischen Verwerfungen reduziert - ohne Chancen für den Aufbau verarbeitender Industrie und erweiterten Wertschöpfungsmöglichkeiten.
- TTIP schränkt politische Gestaltungsräume ein, indem notwendige Reformen für sozialen und ökologischen Wandel zu Handelshemmnissen erklärt werden.
- TTIP folgt einem Wachstumsmodell, das verantwortlich ist für die globale Erwärmung und den Rückgang der Artenvielfalt. Das widerspricht den Nachhaltigen Entwicklungszielen, den SDGs der Vereinten Nationen, wie sie im Sept. 2015 im Rahmen der Agenda 2030 beschlossen wurden.

So banal es klingt: **Handel muss gerecht sein**

Bei TTIP geht es nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um ethische Fragen. Dass alle Menschen gleich und gerecht behandelt werden, ist eine der Kernideen der christlichen Ethik. Martin Luther bezeichnete das Handeln von Kaufleuten, die höchstmögliche Gewinne anstrebten, ohne die sozialen Auswirkungen ihres Tuns zu beachten, als „Missbrauch“. In dieser Logik stehen auch Sozial-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards, die weltweit gültig sind.

Solche Prinzipien bedroht TTIP. Das Abkommen erklärt die Profite von Unternehmen und die Renditeerwartungen von Investoren zum höchsten Gut, dem sich alle anderen Rechte und Interessen unterordnen müssen. Dies widerspricht evangelischer Ethik ebenso wie dem EU-Vertrag. Im Lissabon-Vertrag (2009) hat sich die Europäische Union verpflichtet, ihr außen-politisches Handeln so auszurichten, dass es den Anstrengungen der Entwicklungszusammenarbeit nicht zuwiderläuft.

Mit anderen Worten: Handelspolitik und Armutsbekämpfung der EU sind zwei Seiten einer Medaille, sie müssen zusammenpassen. In den bisherigen Verhandlungen über TTIP spielen Entwicklungspolitik und die Frage weltweiter Gerechtigkeit jedoch keine Rolle. Im Gegenteil: EU und USA wollen unter sich die Welthandelsregeln für das 21. Jahrhundert entwerfen. TTIP untergräbt damit die Idee, den Welthandel gemeinsam, zum Wohle und unter Beteiligung aller zu gestalten.

Eckpunkte für eine zukunftsfähige Handelspolitik aussehen?

Handelsabkommen müssen menschenrechts-konform sein: „Do no harm!“ (Füge keinen Schaden zu!)

Diese Minimalregel gilt auch für den Handel. Alle Handelsabkommen müssen daraufhin überprüft werden, ob die beabsichtigten Liberalisierungen die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte in anderen Staaten gefährden.

Handelspolitik muss umweltverträglich sein

Damit Handel zum Motor für Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften werden kann, bedarf es hoher sozialer und ökologischer Standards. Die gezielte Förderung nachhaltiger Produktionsverfahren muss auch in Zukunft möglich bleiben und ausgeweitet werden.

Handel muss Ernährungssouveränität respektieren und Agrarökologie fördern

Eine zukunftsfähige Landwirtschaft braucht ein faires Welthandelssystem, das die Interessen von Bäuerinnen und Bauern weltweit berücksichtigt, sowie Klima, Umwelt und biologische Vielfalt schützt.

Handelspolitik muss die globalen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung unterstützen

Handelspolitik ist nur dann zukunftsfähig, wenn sie dazu beiträgt, die globalen Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu verwirklichen.

TTIP widerspricht den Anforderungen an eine faire und nachhaltige Handelspolitik

Die Verhandlungen über TTIP müssen gestoppt werden, damit die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, sowie die Bewahrung der Schöpfung nicht unter die Räder einer verfehlten Handelspolitik geraten. Daher müssen die multilateralen Verhandlungen zur Doha-Runde wiederbelebt und ein ökologisch-sozialer Umbau des multilateralen Handelssystems, insbesondere der WTO, vorangebracht werden, in dem die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 den Leitrahmen bilden und wo den Menschenrechten und dem Schutz globaler Gemeingüter Vorrang eingeräumt wird.

Ausblick:

Auch wenn trotz intensiver Werbeaktivitäten von US Präsident Obama nochmals vor wenigen Wochen bei der Hannovermesse, trotz aller Wichtigkeitsbotschaften und „Da müssen wir durch – Haltung“ bei Kanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Gabriel, will kaum noch jemand so recht an einen erfolgreichen Abschluss von TTIP glauben.

Selbst wenn sich nach dem Votum der Briten für einen EU-Austritt nach Auffassung von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström nichts an den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) ändert und die EU-Kommission entschlossen sei, die Verhandlungen fortzusetzen. Weil sie "wichtig für Europa, für unsere Wirtschaft, für unsere Arbeitsplätze, für unsere Geschäftsleute, für unsere Verbraucher sind, ist sehr sinnvoll, es auch mit 27 zu tun", sagte vor ein paar Tagen Frau Malmström in einem Interview. EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker hatte kurz vorher mit der Äusserung für einige Empörung gesorgt, die Bestimmungen des bereits ausgehandelten Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada (Ceta), das die Blaupause für TTIP liefern soll, fielen allein in EU-Kompetenz. Dies stiess nicht nur in Deutschland auf Empörung. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel sagte daraufhin: "Wenn die EU-Kommission das bei Ceta macht, ist TTIP tot". Vielleicht neue Töne auch zu TTIP bei Minister Gabriel.

Heute kam dann die Mitteilung, das CETA als gemischtes Abkommen angesehen wird und damit auch durch die nationalen Parlamente gehen wird.

Kommende Woche geht es beim TTIP in die 14. Verhandlungsrunde und nichts deutet darauf hin, dass sich etwas bewegt und der Zeitplan einzuhalten ist. Bis zur Sommerpause sollten Zollgeschäfte und Standards ausverhandelt sein und beim EU Summit Ende Oktober wollte man ratifizieren.

Doch selbst Bernd Lange, EU-Parlamentarier der SPD und Vorsitzender des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments, lange Zeit TTIP Befürworter und mit den Verhandlungen so vertraut wie nur wenige ist, lässt mittlerweile keinen Zweifel aufkommen, wie er die von der EU-Kommission mit den Amerikanern seit zweieinhalb Jahren geführten Verhandlungen einschätzt: "Die USA haben sich fast null bewegt." Einigkeit herrsche nur bei einem Kapitel, bei dem es um kleine und mittlere Unternehmen gehe. Ansonsten aber gäbe es keine Annäherung. Nicht beim Thema Marktzugang, nicht bei den Produktions- und Zulassungsstandards und erst recht nicht bei den Regeln für einen Waren- und Dienstleistungsaustausch.

"Wenn man erkennt, dass es nicht geht, dann geht es halt nicht", sagte Lange. Das sei dann auch kein Weltuntergang. Das EU-Parlament habe sich noch eine Frist gesetzt bis Juli. Gebe es bis dahin keine Fortschritte, dann war es das. Meine Meinung ist, das muss auf Eis gelegt werden."

Zwei Gründe ergänzt Lange noch für seine Einschätzung, dass die TTIP-Verhandlungen gescheitert seien:

Erstens: Ein bislang nicht vorliegender EU-Haushalt, die nach wie vor drohende Griechenland-Pleite und die Frage der fairen Verteilung von Flüchtlingen seien herausragende und zugleich ungelöste Probleme. Und nach dem Referendum zum EU-Austritt der Briten, - so Lange - "bin ich mir nicht sicher, dass wir am Ende des Jahres noch die gleiche EU haben werden wie die, die wir in 50 Jahren aufgebaut haben".

Und zweitens: Die USA stecke tief im Präsidentschaftswahlkampf. Ein so unberechenbarer Politiker wie Donald Trump, den die Unzufriedenen der amerikanischen Gesellschaft und die Verlierer einer rücksichtslosen Marktwirtschaft womöglich ins Weiße Haus spülen, sein kein verlässlicher Partner für Europa.

Ganz zum Schluss noch eine persönliche Einschätzung: – so oder so - wird es mit einiger Sicherheit in absehbarer dennoch ein entsprechendes Abkommen geben, vielleicht mit einiger Verzögerung, inhaltlich enger gefasst und unter einem anderen Namen, vielleicht auch mit einer deutlicheren globalen Gerechtigkeits- und Nachhaltigkeitsperspektive. Dafür, dass es kein Freihandelsabkommen gibt, sind Druck und die Interessenslage der Wirtschaft insbesondere aus der Automobil-, Pharma- und chemischen Industrie einfach zu stark. Und wie Wirtschaft und Unternehmen mit ihren Dachverbänden und Lobbystrukturen direkt und indirekt Einfluss auf nationale, bilaterale und globale Politikprozesse nehmen und ihre Interessen durchsetzen, ist ein anderes, wenn auch nicht weniger wichtiges und spannendes Thema.

Schönen Dank zunächst und diskutieren wir zunächst über TTIP!